

Evangelische Jugend Nürnberg
eckstein · Burgstr. 1-3 · 90403 Nürnberg

Bayerische Staatskanzlei
Herrn Ministerpräsident Horst Seehofer
Franz-Josef-Strauß-Ring 1
80535 München

Dekanatsjugendpfarrer
Thomas V. Kaffenberger
eckstein
Burgstr. 1-3
90403 Nürnberg
Tel. 0911 214 23 10
Fax 0911 214 23 01
jugendpfarrer@ejn.de
www.ejn.de

16. Februar 2017

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Seehofer,

angesichts der vielen Protestbriefe gegen Abschiebungen nach Afghanistan, die Sie erhalten haben und in naher Zukunft noch erhalten dürften, ist es schwer, dem Tenor der Proteste noch etwas substantiell Neues hinzuzufügen. Es ist aus christlicher, aus humanitärer und auch aus rechtlicher Sicht schlicht nicht nachvollziehbar, warum die bayerische Staatsregierung sich an den Sammelabschiebungen nach Afghanistan beteiligt. UN, UNHCR, unzählige ExpertInnen und sogar die Bundeswehr in ihrem „Ausblick Sicherheitslage 2016“ konstatieren eine sich verschlechternde Sicherheitslage in Afghanistan. Die UN berichteten erst jüngst von Rekordzahlen unter den zivilen Opfern von Terroranschlägen. In Masar-i-Scharif, von dem der bayerische Innenminister Joachim Herrmann beispielsweise im MDR sagte, er „glaube, dass die Gegend (...) als relativ sicher gelten kann“, kostete ein Anschlag im November 2016 mindestens vier afghanischen Zivilisten das Leben.

Auch wir haben in unserer Arbeit täglich Kontakt zu vorwiegend jungen Menschen aus Afghanistan. Viele von ihnen mussten in ihrer Heimat Schreckliches, wie die Exekution ihrer Familien, erleben und sind schwer traumatisiert zu uns gekommen. Trotz dieser gewaltigen psychischen Probleme nehmen fast alle ihr Leben in die Hand, lernen unsere Sprache, besuchen die Schule, beginnen eine Berufsausbildung, engagieren sich ehrenamtlich ... um dann abgeschoben zu werden. Das hat mit Nächstenliebe nichts zu tun. Es ist, das werden Ihnen VertreterInnen der Wirtschaft ebenfalls bestätigen, noch nicht einmal unter ökonomischen und demographischen Aspekten vernünftig.

Wir, die Evangelische Jugend Nürnberg, fragen uns bestürzt, wie es sein kann, dass eine vage formulierte Aussicht auf Sicherheit dafür genügt, Menschen in ein Land abzuschieben, von dem international anerkannte Organisationen klar und eindeutig sagen, dass es nicht sicher ist. Aus unserer Sicht ist ein derartiges Vorgehen weder vor dem Hintergrund der Menschenrechte – man nehme nur das im Grundgesetz verankerte Recht auf körperliche Unversehrtheit – und schon gar nicht unter Berücksichtigung christlicher Wertvorstellungen akzeptabel.

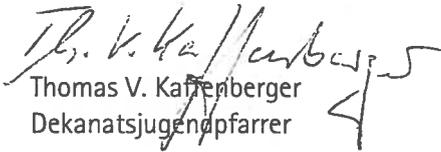
Evangelische Jugend
Nürnberg
eckstein
Burgstr. 1-3
90403 Nürnberg
Tel. 0911 214 23 00
Fax 0911 214 23 02
ejn@ejn.de
www.ejn.de

Evangelische Bank eG
IBAN
DE89520604100001570870
BIC
GENODEF1EK1

Finanzminister Markus Söder postulierte kürzlich, der Staat müsse „für nachvollziehbare Gerechtigkeit sorgen“, verbunden mit der Aufforderung an die Kirchen, sich doch um ihre eigenen Angelegenheiten zu kümmern. Abgesehen davon, dass wir, wie dieser Brief dokumentiert, auch in letzterer Hinsicht anderer Meinung sind, sagen wir Ihnen als bayerische BürgerInnen: Abschiebungen nach Afghanistan haben mit nachvollziehbarer Gerechtigkeit nichts zu tun. Angesichts der Einschätzungen von internationalen Organisationen und angesichts der Berichterstattung in seriösen Medien wirken Abschiebungen nach Afghanistan alles andere als wohlbegründet und auf gesicherten Fakten beruhend. Im Gegenteil: Menschen werden in eine unsichere und möglicherweise tödliche Zukunft abgeschoben. Über die Gründe dafür möchten wir nicht spekulieren.

Wir bitten Sie, Herr Ministerpräsident, sorgen Sie in dieser vom Postfaktischen bedrängten Welt für nachvollziehbare Gerechtigkeit. Stoppen Sie die Abschiebungen nach Afghanistan.

Mit den besten Wünschen


Thomas V. Kaffenberger
Dekanatsjugendpfarrer


Andreas Schieb
Vorsitzender der
Dekanatsjugendkammer